

Denkfehler machen arm: Arbeitsmarktregeln, Nachfrage-Ankurbelung, Währungsunion

Von Beat Kappeler

Liberaler Gesprächskreis
8. Mai 2013, Zürich

Der Westen steckt in Schuldenkrisen, denn der Westen hat sich fünfzig Jahre lang mit falschen Konzepten verrannt. Verriegelte Arbeitsmärkte behindern nicht nur Firmen, sondern auch das Arbeiten der Bürger. Die Lehre der 30er Jahre, fehlende Nachfrage mit Staatsdefiziten anzukurbeln, führte in die Verschuldung, und eine Währungsunion hat Südeuropa ruiniert.

Natürlich ist nicht nur Dummheit verantwortlich für diese falschen Entscheide, sondern das im Westen zunehmend voluntaristische Politikgebahren. Die Interdependenz von Machtteilung durch Demokratie in der Politik und durch Märkte in der Wirtschaft wurde verschoben zum Primat der Politik.

Im Besonderen bot sich die keynesianische Theorie als Legitimierung und als Technik solcher Interventionen an. Die weisen Lenker wissen, was richtig ist, der Weg geht top-down.

Verheerenderweise hat sich die EU, zuerst als Liberalisierungsvehikel gedacht, dem Primat der Politik und dem Keynesianismus verschrieben. Dies ist keineswegs notwendig, um eine kontinentale Union zu machen – man könnte auch Höchstnormen, nicht Mindestnormen vorschreiben (bei MWST, Steuersätzen, Sozialem, Arbeitsregulierung, etc.), und bekäme dann auch eine Union, aber eine freiheitliche.

Nun zu den falschen Entscheiden des alten Westens seit 50 Jahren:

1. Arbeitsmarktregeln

In den 80er Jahren kam Panik auf, weil die Automation und die Globalisierung massenhaft Arbeitsplätze zu vernichten schienen – „la fin du travail“ war das Schlagwort im Frankreich Mitterrands. Die lateinischen Länder waren ausserdem mental in einer ungünstigen Ausgangslage für die technischen und globalen Umwälzungen der letzten 30 Jahre. Die Vertragspartnerschaft beruht selten auf dem Gedanken des „win-win“, sondern des „them-and-us“, unversöhnlicher Gegensätze von Kapital und Arbeit. Es galt daher, dem Kapital die Arbeit zu entziehen, um die Ausbeutung zu senken. Ausserdem wurde die Globalisierung als Amerikanisierung aufgefasst und das war strikt abzulehnen. Linke, die sonst nicht gerührt genug sich über arme, vor allem afrikanische Länder beugen konnten, waren den Milliarden Asiaten fast gram, dass die sich plötzlich zu liefern erdreisteten.

Was diese europäischen Eiferer auch übersahen, waren die neuen, verlängerten, aber chancenreichen Wertschöpfungsketten, die dank Informationstechnik und Globalisierung entstanden. Die „Palastorganisation“ früherer Kathedralen der Industrialisierung löste sich auf, wo grosse Firmen alles unter einem Dach produziert hatten. Die Firmen fokussierten sich, gliederten Zulieferfunktionen aus, bis zur Mensa, zum Putzen und zur Hausdruckerei. Doch übersehen wurde, dass zwar die eigentliche Produktion voll automatisiert wurde, dass aber in den vor- und nachgelagerten Branchen nun Logistiker, Planer, Zulieferer von Halbfabrikaten, Informatiker, Werber, Finanzierer, Versicherer, Putzequipen weiterhin arbeiteten, und oft interessantere und besser entlohnte Arbeiten verrichteten. In der Schweiz und im Norden Europas profitierte man davon, und wurde reicher, blieb vollbeschäftigt.

Die Lösung schien zu sein, die Arbeitszeit für alle drastisch zu verringern, die Arbeit umzuverteilen. Doch was in einem einzelnen Betrieb sinnvoll ist, bei wenig Aufträgen die Mitarbeiter nicht rauszuschmeissen, sondern etwas kürzer zu treten, bis wieder Aufträge kommen, das ist in einer ganzen Volkswirtschaft verheerend – die Einkommen sinken (bei Löhnen oder Gewinnen), die Umsätze sinken, die Steuereinnahmen darauf auch. Kurz, diese Länder fanden sich mit kurzen, aber verteuerten Arbeitszeiten und noch viel mehr Arbeitslosen wieder. Da griff man gleichzeitig zum Brecheisen und verbot die Kündigungen. Doch seither stellen die Firmen kaum noch neue Leute ein, oder nur noch in sogenannten prekären Verträgen – befristet, temporär. Auch diese Verträge nahm die EU natürlich in die Zange und verlangt heute, dass Mitarbeiter aus den Temporärfirmen von Anfang an gleiche Löhne wie treue Langzeitangestellte erhalten.

Viele weitere detaillierte Regelungen folgten, die Kompetenz zu Entlassungen gingen an Arbeitsgerichte über, welche erst bei drohenden Verlusten einwilligen und dann hohe, mehrjährige Abgangslöhne verfügen. Sodann wurden viele der Regelungen mit steigender Betriebsgrösse verschärft – nach 10 Beschäftigten, nach 50, nach 100, nach 1000. Dies nahm den Firmen definitiv den Schneid, zu liefern, zu wachsen, einzustellen.

Die Adaptationsprobleme Europas an die Weltwirtschaft und an die Imperative des Euro (interne Abwertung) rühren aus dem Denken, dass Arbeiten schädlich ist, dass die Arbeitenden am kürzeren Hebelarm sind, dass die volkswirtschaftlichen, privaten Entscheidungsprozesse ein latenter Ausbeutungsprozess der Unternehmerseite sind, dass die Beteiligung aller am Reichtum nicht durch eine hohe Arbeitsmarktbeteiligung, durch Löhne und direkte Kapitalbeteiligungen der Arbeitenden, sondern durch staatliche Abschöpfungen bewirkt werden müssen (Sekundärverteilung statt Primärverteilung). Diese Pfadabhängigkeit des Diskurses lähmt Politik und Gewerkschaften.

2. Staatsdefizite und Notenbanken in Ueberforderung, „mission creep“

Die Einwände gegen den Keynesianismus:

- Ankurbelungen haben kaum die behaupteten Multiplikatoren, ausser die Dosis wird dauernd erhöht.
- In guten Jahren wird nie antizyklisch gehandelt, also gespart, deshalb entwickelt sich die Verschuldung treppenartig nach oben.
- Würde tatsächlich gespart und gälte wirklich der Multiplikator, müsste er schwerwiegende Folgen haben, wenn das Geld wieder eingetrieben werden muss.
- Die Volkswirtschaften sind offen, Anstösse verpuffen im Ausland.
- Man kann nur bestehende, also alte Strukturen ankurbeln.
- Die Ankurbelungen wirken meistens zu spät, also im Boom.

- Die Löhne und Preise sind nicht mehr „sticky“, können also entgegen der Annahme Keynes' sinken, wodurch sich Strukturänderungen ergeben, die auch konjunkturelle Türen aufstossen.
- Nicht nur die Konsumenten handeln, sondern auch die Unternehmer. Wenn sie sich ausrechnen können, dass höhere Staatsausgaben und allenfalls höhere Steuern und Inflationsraten drohen, investieren sie nicht. Ihre Motivation wird unterschlagen. Unternehmerische Nachfrage nach Investitionen und Arbeitern ist aber entscheidender als einmal kurz aufgepöppelte Konsumentennachfrage.
- Keynes hantiert mit Macro-Einheiten, als ob sie reale Maschinenteile wären – consumption, investment, savings, state expenses, deficit spending, liquidity trap, sticky wages and prices.
- Und im Original: Keynes wandte sich bei „nur“ noch 12 Prozent Arbeitslosen gegen weitere Ankurbelungen.
- Die Instrumentalisierung der Notenbanken und der Geldschöpfung für alle möglichen politischen Ziele begann mit Keynes.
- Bei stark verregulierten Arbeitsmärkten stellen Unternehmer keine Leute ein, mag die Geldversorgung noch so gross sein, die Zinsen noch so tief.
- Der „keynesiansische Endpunkt ist erreicht“ (Tony Crescenzi, Pimco): wenn die Überschuldung der Staaten gross ist, und sie kein Geld mehr zu günstigen Zinsen bekommen, steigt das Defizit des Staates in % des BIP über dessen nominale Wachstumsrate, die Schuldenfalle geht auf und kann nicht durch mehr Defizit geschlossen werden. Jetzt müssten strukturelle Reformen kommen (West- und Südeuropa, USA, Japan heute). Die gegenwärtig erleichtert ausgerufene Abkehr von „austerity“ in der EU kann nur vorderhand durch das Versprechen künftig monetisierter Staatsschulden (EZB Draghi) und durch zinssenkende Carry-Trades japanischer Geldschwemme stattfinden.

3. Die Währungsunion des Euro

Hier hat der Primat der Politik wichtige ökonomische Fakten überspielt¹:

Entgegen einer optimalen Währungsunion bestehen kein zentraler Budget-Automatismus, keine Arbeitskräftemobilität (und keine gleichen Sozial- und Arbeitsmarktregeln). Die Teilnehmerländer sind unterschiedlich wettbewerbsfähig und innenpolitisch nicht für interne Abwertungen bereit. Der Norden ist nicht auf die „mutualisation des dettes“ innenpolitisch vorbereitet worden.

Die erwarteten Konvergenzen aller ökonomischen Trends ergab sich nur bei den Zinsen auf tiefem deutschem Niveau, wodurch die private und öffentliche Verschuldung in Südeuropa, Irland und Frankreich sich nicht in sofort zunehmenden Zinslasten äusserte.

Die Rettungspakete seit Ausbruch der Eurokrise gehen die zwei erwähnten innenpolitischen Pfadabhängigkeiten nicht an, sie wurden situativ jedes Mal geändert, und es wurde massiv grundlegendes Recht gebrochen (Beihilfeverbot Art. 125 Lissabonner Vertrag, Belehnungskriterien der EZB, Staatstitelkäufe der EZB, versuchte Beschlagnahmung von Bankeinlagen unter 100'000 Euro in Zypern,

¹ Im Detail u.a. beschrieben in: Harold James, „Marking the european monetary union“, Harvard Univ.Press, 2012

Thilo Sarrazin, „Europa braucht den Euro nicht“, DVA, 2012
Hans-Werner Sinn, „Die Target-Falle“, Hanser, 2012

Kapitalverkehrskontrollen in Zypern, Bankenrettung ohne reguläre „banking resolution“ (zulasten Aktionären, Obligationären, langfristigen Einlegern etc.).

In Euroland ist daher vieles offen – die Südeuropäer und Frankreich könnten in die Schuldenfalle fallen und nicht zahlen, die Kriterien lockern, wie gegenwärtig anlaufend (die Schuldner haben eine Blockierungs-Mehrheit im Fiskalpakt, in der Bankenunion und im ESM-Hilfsfonds), oder die EZB zwingen, massiv Geld zu fiskalisieren, oder Deutschland zu inflationieren, oder zum Zahlen zu zwingen (Eurobonds, „mutualisation des dettes“). Oder nach dem Offenbarungseid des Südens würde der Euro um einige Länder amputiert und der Norden bockt durch Protestparteien. Ohne letzteres wird Deutschland immer zahlen, retten, garantieren, weil es kommerziell mit dem geschwächten Eurokurs und dem Gratisgeld gut lebt, und weil seine eigene Europa-Ideologie dazu anhält.

Die Aufgabe Liberaler in dieser Lage und in der anstehenden Grosskrise ist es, die Politik als Verursacher wahrnehmen zu lassen (wahr!), nicht „die Märkte“. Und auf bessere Lösungen zu bestehen, nämlich, in Kürze:

1. Freie Arbeitsmärkte

Als Regulierung sollten nur large Höchstarbeitszeiten – und bei offenen Grenzen – nicht allzu hohe Minimallöhne gelten (letztere auch, um arbeitsanreizende Sozialhilfe ohne Schwelleneffekte betreiben zu können). Die zu erwartende hohe Erwerbsbeteiligung schafft geringe Sozialbezüger, geringe Lohnnebenkosten dafür, erhöht eine egalitäre Primärverteilung ohne Nachverteilung durch den Staat, macht Quoten, Kategorienschutz unnötig, schafft gleiche Spiesse gegen Kündigungen, Mobbing, für Mitwirkung der Arbeitnehmer.

2. Geld und Staat „eins-zu-eins“, nicht „um-zu“

Notenbanken nur als „lender of last resort“, falls man überhaupt Teilreserven-Banken zulässt (Alternative: Vollreservenbanken, private Notenausgabe). Keine konjunkturelle Funktionalisierung von Staatsausgaben, Schuldenbremsen in höherrangigem Verfassungsrecht. Politik muss das Publikum auf rückläufige Preise („glückliche Deflation“ von 1873-1896) und konjunkturelle Zyklen gefasst machen.

3. Währungen im Wettbewerb um Solidität

Währungsräume müssen deckungsgleich mit Arbeitsmärkten, Fiskalpolitiken sein, und gegeneinander im Wettbewerb um Solidität stehen. Dann disziplinieren sie über die Ertragsbilanz die Politik.